

Bürgermeister der Stadt Königswinter  
Herrn Peter Wirtz  
Rathaus  
53639 Königswinter

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich bitte Sie, nachfolgende Anfrage der Ratsmitglieder Dietmar Rüsç und Dr. Josef Griese sowie der Fraktionen von CDU und FDP auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Haupt-, Personal- und Finanzausschusses zu setzen.

**Anfrage:**

1. Bei welchen Einrichtungen der Stadt Königswinter findet das neue Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) Anwendung?
2. Wie viele Mitglieder waren/sind dort nach alter und neuer Rechtslage anteilig oder ganz von ihrer dienstlichen Tätigkeit mit welchem Stellenumfang und Kostenvolumen freigestellt.
3. Wie viele Unterrichtsstunden können aufgrund der Neuregelung nicht mehr abgehalten werden?
4. Wie hoch sind die prognostizierten Mehrkosten aufgrund der Änderung des LPVG im Einzelnen im Vergleich zur alten Regelung durch beispielsweise
  - die Ausweitung der Freistellungen,
  - Teilnahme der Beschäftigten an zusätzlichen Personalversammlungen,
  - Veränderungen im Schulbereich
  - die massive Ausweitung des Beschäftigtenbegriffs
  - zusätzliche Schulungskosten und
  - die Bereitstellung von Räumen, Arbeitsmitteln usw.

**Begründung:**

Bereits bei der Anhörung im Landtag zu dem neuen LPVG kritisierten die kommunalen Spitzenverbände die bedenkliche Ausdehnung der Personalratsaufgaben. Sie erwarteten nicht nur erhebliche Mehrkosten für die Kommunen in Millionenhöhe sondern auch zeitliche Verzögerungen in den Verwaltungsabläufen. Nach dem Konnexitätsgrundsatz ist das Land verpflichtet, die Mehrkosten der Kommunen auszugleichen.

Mit freundlichen Grüßen

Königswinter, 05. Januar 2012

Dietmar Rüsç, Vorsitzender

Dr. Josef Griese, Vorsitzender